

Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 28.05.1998
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:15 Uhr
Sitzungsort: in der Kindertagesstätte Schwabenstraße

Anwesend:

Vorsitzende

Grix, Helga

SPD-Fraktion

Haase, Hans-Dieter
Mecklenburg, Rico
Tamminga, Jenny

CDU-Fraktion

Hegewald, Reinhard
Köhler, Nils

FDP-Fraktion Grundmandat

Beisser, Kurt-Dieter Dr.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Grundmandat

Schmidt, Christine

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Grix, Wilhelm
Keller, Diana
Kruse, Helga
Meinen, Regina

Beratende Mitglieder

Eilers, Carola
Fekken, Okka
Henrich, Ursula
Herbst, Martin
Lier, Michael
Ouedraogo, Abdou
Saathoff, Walter
Sprengelmeyer, Thomas
Wilts, Elfriede

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Grix eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 5 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19.02.1998

Beschluss:

Die Niederschrift Nr. 5 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19.02.1998 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Anträge von Vereinen und Verbänden
Vorlage: 13/546

Herr Saathoff erläutert die Vorlage.

Er weist darauf hin, daß sich bei den Zuschüssen für "Internationale Begegnungen" Veränderungen ergeben können, falls sich die Teilnehmerzahl ändere.

Herr Grix bittet, über die Punkte 2a) und b) der Vorlage gesondert abzustimmen.

Herr Grix hat an der Abstimmung zu Punkt 2a) und 2b) nicht teilgenommen.

Beschluss:

An Vereine und Verbände werden folgende Zuschüsse gezahlt:

	<u>Zuschuß</u>
1. Betriebskostenzuschuß CVJM Emden	14.000,-- DM
2. Internationale Begegnungen:	
a) DGB/AWO Jugendwerk Emden ca. 54 TeilnehmerInnen, 31.7. - 17.08.98 in Frankreich	13.000,-- DM
b) DGB/AWO Jugendwerk Emden <u>Zuschuß für 6 TeilnehmerInnen aus Archangelsk an der Frankreichfahrt</u>	1.440,-- DM
c) Realschule und GAT Intern. Begegnung mit Partnern aus Polen in Emden <u>Zuschuß für 14 polnische TeilnehmerInnen</u>	1.344,-- DM
d) CVJM Emden <u>Begegnung "Euromeet" in Luzern/Schweiz</u>	2.380,-- DM
e) Intern. Begegnung mit SchülerInnen aus Archangelsk in Emden v. 4.5. - 15.5.98	3.072,-- DM
f) Intern. Rock-Workshop in Emden <u>Zuschuß an 12 niederl. TeilnehmerInnen</u>	960,-- DM
g) CVJM Emden Intern. Begegnung "Urlaub vom verstrahlten Alltag" <u>Zuschuß f. 28 weißrussische TeilnehmerInnen</u>	3.136,-- DM
h) Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ca. 22 TeilnehmerInnen aus Emden in der Zeit v. 3.8. - 24.8.98 in Frankreich	4.700,-- DM

	i)Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge Zuschuß für 8 TeilnehmerInnen aus <u>Archangelsk bzw. Prenzlau</u>	2.080,-- DM
3.	Kurzfreizeit Eltern- und Kinderzentrum "Wackelpeter e. V." <u>Mutter-Kind-Freizeit vom 15.08. - 22.08.98</u>	1.175,-- DM

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Mitteilungen des Oberstadtdirektors

5a) Bericht über den Pflegekinderdienst
Vorlage: 13/547

Herr Saathoff erinnert an das Seminar für Mitglieder des Jugendhilfeausschusses am 14. und 15.11.1997, in dem seinerzeit die vielfältigen Aufgaben des Jugendamtes dargestellt wurden. Damals wurde bemängelt, daß einige Aufgabenbereiche nicht im Jugendhilfeausschuß erörtert werden. Somit sei die Vorlage 13/547 auf die Tagesordnung gesetzt worden, um über den Pflegekinderdienst zu berichten.

Herr Saathoff stellt den Pflegekinderdienst vor und erklärt, daß dieser beim Sozialen Dienst des Jugendamtes angesiedelt sei. Nach seiner Aussage habe das Jugendamt im Kalenderjahr 1997 1,204 Mio. DM an Pflegekindergeld gezahlt. Hierbei erklärt er die Staffelung des Pflegekindergeldes und weist daraufhin, daß die "Richtlinien" zur Zeit überarbeitet würden.

Der zuständige Sozialarbeiter, Horst Foege, berichtet über die Formen der Pflegestellenunterbringung und geht auf die Tagespflege und Vollzeitpflege ein. Demnach seien zur Zeit 64 Kinder aus Emden in Vollzeitpflege in 56 Pflegefamilien untergebracht. Statistisch sei erkennbar, daß diese Zahl in den vergangenen drei Jahren relativ konstant ist.

Bei der Unterbringung in einer Pflegestelle handele es sich um eine Maßnahme im Rahmen der Erziehungshilfen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz. Notwendig sei die Unterbringung dann, wenn die Versorgung eines Kindes im elterlichen Haushalt nicht mehr gewährleistet ist.

Eine weitere wesentliche Aufgabe des Pflegekinderdienstes sei die Werbung von Pflegefamilien, deren Qualifizierung und Betreuung. Nach Aussage Herrn Foeges gebe es anfangs genug Bewerber, deren Motivationsgründe sehr unterschiedlich seien z. B. Geld, Kinderlosigkeit. Bei der Auswahl müssen jedoch strenge Maßstäbe angesetzt werden, damit die Abbruchquote sehr gering gehalten werde. In einem Wochenendseminar werde die Befähigung der Pflegefamilie überprüft. Von ca. 30 - 50 Bewerbern blieben am Ende oft 3 - 5 Familien als geeignet übrig. Das liege zum Teil auch daran, ergänzt Herr Foege, daß viele Familien sich über die Aufnahme eines Kindes falsche Vorstellungen gemacht hätten.

Als einen sehr wichtigen Teil der Arbeit des Pflegekinderdienstes betrachtet Herr Foege die ständige Betreuung der Familien, und zwar der Pflegefamilie und der Herkunftsfamilie. Es werde großer Wert darauf gelegt, daß diese Familien in Kontakt stünden. Das habe den Zweck, daß der Kontakt des Kindes zu seinen leiblichen Eltern aufrecht erhalten bleibt. Bevor ein Kind in eine Pflegefamilie kommt, werden mit den Eltern intensive Vorgespräche geführt. Durch diese intensive Zusammenarbeit seien letztendlich fast 90 % der Eltern bereit einzusehen, daß es für ihre Kinder besser ist, vorübergehend in eine andere Familie zu gehen.

Herr Dr. Beisser äußert seine Verwunderung darüber, daß lediglich 10 % der Bewerberfamilien akzeptiert würden.

Herr Quadreago wirft ein, daß die Pflegeeltern die Eltern der Herkunftsfamilie ersetzen sollen, und weshalb Eltern mit Kindern nicht als von vornherein qualifiziert gelten.

Herr Foege erklärt hierzu, daß das Anforderungsprofil einer Pflegefamilie sehr hoch anzusetzen sei, da es sich bei der Aufnahme um Kinder aus Problemfamilien handele, und zwar mit großen Schwierigkeiten. Nach seiner Darstellung sei eine Kooperation zwischen Pflegefamilie und Herkunftsfamilie zwingend erforderlich. Es entstehe sozusagen eine "Soziale Verwandtschaft". Das Jugendamt habe hierbei die Handlungsleitung.

Herr Köhler möchte wissen, wie häufig ein Abbruch sei.

Nach Darstellung von Herrn Foege ist es nicht zu vermeiden, daß in einigen Fällen ein Abbruch passiere. So seien 1997 zwei Abbrüche zu verzeichnen gewesen. Diese seien als große Belastung für die Pflegefamilie, Herkunftsfamilie und das Jugendamt empfunden worden.

Frau Tamminga fragt, wie das Jugendamt sich verhalte, wenn Kinder ganz in der Pflegefamilie bleiben möchten.

Herr Foege erwidert, daß mit den Eltern eine intensive Arbeit vorangehe, und es natürlich auch dazu kommen könne, daß die Kinder bei den Pflegeeltern blieben. Das bedeute aber, daß die leiblichen Eltern sich die Kapitulation eingestehen müssen. So sei es sehr wichtig, daß die Herkunftsfamilie sich von den Kindern verabschiede, wenn diese endgültig in einer Pflegefamilie bleiben sollen. Das Jugendamt habe hier ganz wichtige Beziehungsarbeit zu verrichten.

Herr Saathoff ergänzt, daß es in Emden bereits zwei Pflegeelterngruppen gebe, die sehr wertvolle Arbeit leisten. Hier finde ein reger Austausch zwischen den Pflegefamilien statt, und aktuelle Probleme werden erörtert.

Ergebnis: Kenntnis genommen

5b) Vorstellung des Streetworkprojektes "Transvaal"
Vorlage: 13/548

Herr Sprengelmeyer berichtet, daß dieses Projekt einen enormen Zulauf habe. Nach seiner Einschätzung liege der Erfolg des Projektes in einer kontinuierlichen Beziehungsarbeit mit Jugendlichen, und er sehe darin eine Präventionsmaßnahme für Toleranz und Friedenserziehung.

Der Sozialarbeiter Ruf-Hammes erörtert, daß das Projekt "offene Kinder- und Jugendarbeit in der Kindertagesstätte Schwabenstraße" am 01.05.1996 begonnen habe. Er sei am 01.07.1997 als zuständiger Sozialarbeiter eingestellt worden.

Zu den verschiedenen Projektveranstaltungen kamen bisweilen bis zu 50 Kinder. Wegen der räumlichen Unzulänglichkeiten habe er die Angebote zwischenzeitlich auf kleingruppenorientierte Veranstaltungen geändert. Bewährte Veranstaltungen seien Sportaktivitäten, Koch- und Backgruppe, Töpfergruppe sowie Jugendabende und Übernachtungsaktionen auf dem Kita-Gelände. Neben den Aktivitäten in der Kita Schwabenstraße biete er außerdem zwei Angebote in den Räumen des Jugendzentrums "Alte Post" an. Herr Ruf-Hammes betont, daß etliche Kinder wegen schwieriger familiärer Bedingungen mit Defiziten behaftet seien. Anhand von Rollenspielen versuche er aber die Themen wie z. B. Gewalt, Diebstahl etc. aufzugreifen.

Herr Sprengelmeyer weist nochmals daraufhin, daß es sich um eine kontinuierliche Beziehungsarbeit handele. Das Problem sei jedoch, daß es sich immer wieder um Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen handele und diese seien bekannterweise zeitlich begrenzt.

Herr Mecklenburg unterstreicht die Bedeutung des Projektes und fragt nach dem Stand der Jugendhilfeplanung und möchte in diesem Zusammenhang wissen, wie die einzelnen Angebote miteinander verknüpft werden.

Herr Sprengelmeyer erklärt hierzu, daß eine Struktur notwendig sei und diese erarbeitet werde. In allen Sozialräumen werden bis zu den Sommerferien Konferenzen abgehalten, bei denen die verschiedenen Vereine und Interessierte zusammenkämen.

Herr Mecklenburg möchte wissen, ob das Projekt weitergeführt werden kann.

Herr Sprengelmeyer erklärt hierzu, daß der jetzige Sozialarbeiter, Herr Ruf-Hammes, bis zum 30.06.1998 eingestellt sei. Eine Verlängerung der AB-Maßnahme sei beim Arbeitsamt beantragt worden.

Herr Grix äußert sich dahingehend, daß der Begriff "Streetwork-Projekt" falsch sei. Man solle darüber nachdenken, wie Streetwork gestaltet wird. Er sei außerdem dafür, alle derzeitigen Projekte in eine Gesamtkonzeption einzubinden. In diesem Zusammenhang lege er Wert darauf, daß der von Herrn Santjer zu erstellende Bericht zur Präventionsarbeit möglichst bald vorgelegt wird.

Frau Tamminga äußert sich bezüglich der nicht optimalen Räumlichkeiten dahingehend, ob nicht die Pumpstation idealer sei.

Herr Ruf-Hammes erklärt hierzu, daß die Räumlichkeiten in der Kita nicht gänzlich ungeeignet seien und verweist hier auf das sehr gut angelegte Freigelände außerhalb der Kita.

Herr Sprengelmeyer berichtet, daß aufgrund des Projektes der Vandalismus in dem Stadtteil Port Arthur/Transvaal zurückgegangen sei. Er weist aber nochmals ausdrücklich daraufhin, daß nicht alles über ABM gemacht werden könne, sonst würde eines Tages alles zusammenbrechen. Zur Zeit gebe es neun AB-Stellen. Dieses könnte zu einem Problem werden.

Frau Fekken merkt an, daß die Eltern ebenfalls in Verantwortung zu nehmen sind. In diesem Zusammenhang weist sie auf die Aktionswoche vom 13.06. - 19.06.1998 hin, unter dem Motto "Gewalt ohne Ende?".

Ergebnis: Kenntnis genommen

5c) Anlaufstelle für ausbildungs- und arbeitslose Jugendliche
Vorlage: 13/549

Herr Sprengelmeyer teilt mit, daß in Kooperation zwischen dem DGB und dem Jugendamt im Rahmen einer AB-Maßnahme ein Projekt erarbeitet worden sei, daß sich jungen Menschen ohne Ausbildung oder Arbeit widmen soll. Es gebe immer mehr junge Leute, die durch das Netz fallen, die Schule abbrechen und keinen Ausbildungsplatz bekämen. Hier sei eine Einzelfallhilfemöglichkeit notwendig. Daher werde am 02.06.1998 in den ÖTV-Räumen des DGB-Hauses in der Großen Straße eine Anlaufstelle eröffnet. Das Büro werde mit zwei Sozialarbeiterinnen besetzt, und zwar gefördert vom Arbeitsamt als AB-Maßnahme. Junge Leute sollen hier motiviert werden, die eigene Zukunft aktiv zu gestalten. Eine Vermittlung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sei damit jedoch nicht verbunden.

Herr Dr. Beisser fragt an, wieviel % der Jugendlichen durch das Netz fallen.

Herr Fürst weist auf die Sozialhilfestatistik hin und erklärt, daß es in Emden einen auffallend hohen Anteil an jungen Sozialhilfeempfängern gibt.

Herr Grix erklärt, daß in den Niederlanden per Gesetz festgelegt ist, daß Jugendliche eine Lehrstelle bekommen.

Ergebnis: Kenntnis genommen

5 d) Werbung für den Bully der Jugendpflege

Herr Sprengelmeyer trägt vor, daß die Jugendpflege, um eine Stelle zu finanzieren, ein neues Projekt angehe. So werden Werbeflächen auf dem neuen Bully der Jugendförderung zur Verfügung gestellt. Es handele sich hier um 18 bis 20 Werbeflächen verschiedener Größe. Werbeverträge haben eine Laufzeit von 5 Jahren. Eine mittlere Werbefläche koste im Jahr zwischen 800,- und 1.000,- DM. Der blaue Bully mit der Aufschrift "Jugend macht mobil" werde zudem auffallen durch die als Piratenflaggen angebrachten Werbeflächen. Bislang habe er drei Verkaufsgespräche geführt und alle seien erfolgreich gewesen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Anfragen

Frau Schmidt-Reinders möchte den Jugendhilfeausschuß dahingehend sensibilisieren, nochmals auf den Stadtplanungsausschuß einzuwirken, einen Kinderspielplatz in Larrelt D 44A westlich der Westumgehung Richtung Larrelt im Zentralen Bereich vorzuhalten.

Herr Hellmann hätte es befürwortet, wenn die Angelegenheit transparenter behandelt worden wäre.

Herr Sprengelmeyer erklärt, daß der Tagesordnungspunkt Kinderspielplatz wegen Grundsätzlichkeiten ausführlich zu behandeln sei.

Herr Grix vertritt die Auffassung, daß die Nachmittagssender der verschiedenen Fernsehanstalten die Sendungen entschärfen sollen. Seiner Meinung nach solle das Landesjugendamt mit dem Medienrat der Rundfunkanstalten diesbezüglich Kontakt aufnehmen.

Frau Keller ist der Meinung, das Fernsehen müsse durch die Eltern reglementiert werden.

Die Beschlüsse wurden gem. § 34 Abs. 3 NGO bis zum Ende der Sitzung schriftlich festgehalten.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 19.15 Uhr.